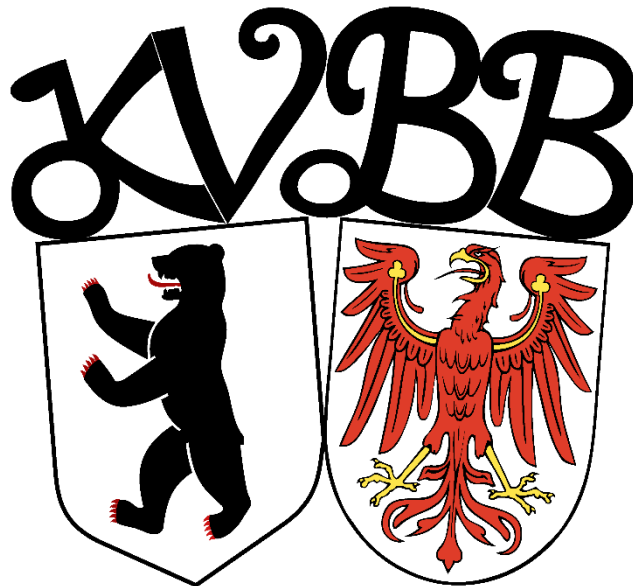


SATZUNG

Karnevalverband Berlin-Brandenburg

im Bund Deutscher Karneval e.V.

Vereinigung zur Pflege fastnachtlicher Bräuche



§ 1 Name und Sitz

- (1) Der Verband führt den Namen "KARNEVALVERBAND BERLIN - BRANDENBURG im Bund Deutscher Karneval".
- (2) Er hat seinen Sitz in Werder und wurde am 16. Juli 1990 gegründet. Er wurde beim Amtsgericht Potsdam in das Vereinsregister unter Aktenzeichen VR8517P-Nr.1 eingetragen.
- (3) Es können Unterverbände – Regionalverbände oder lokale karnevalistische Interessengemeinschaften – gebildet werden. Letztere sind, soweit innerhalb der Interessengemeinschaft keine Mitgliedsbeiträge erhoben werden, von der Beitragszahlung entbunden. Regionalverbände werden als Mitglieder im KVBB geführt.

§ 2 Zweck

- (1) Der Verband verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung.
- (2) Zweck des Verbandes ist die Förderung des traditionellen Brauchtums einschließlich des Karnevals, der Fastnacht und des Faschings.
- (3) Der Verband ist der freiwillige Zusammenschluss aller in den Bundesländern Berlin und Brandenburg ansässigen, sowie weiterer karnevalistischer und landsmannschaftlicher Vereine, die fastnachtliches Brauchtum pflegen.
- (4) Der Verband ist politisch, ethisch und konfessionell neutral, bezieht aber eindeutig Position gegen Intoleranz und antidemokratische Einflüsse.
- (5) Mittel des Verbandes dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus den Mitteln des Verbandes. Es darf keine Person durch Ausgaben, die den Zwecken des Verbandes fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

§ 3 Aufgaben und Ziele

- (1) Jeglicher Umgang mit Personen schließt ohne außerordentliche Erwähnung die Gleichbehandlung vom weiblichen, männlichen und diversen Geschlecht ein.
Der Karnevalverband Berlin-Brandenburg
- (2) vertritt alle Mitglieder gegenüber Behörden sowie gegenüber den öffentlichen und rechtlichen Institutionen in kultureller und wirtschaftlicher Sicht,
- (3) vertritt alle Mitglieder im Bund Deutscher Karneval,
- (4) pflegt das karnevalistische Brauchtum und berät die Mitglieder in Brauchtumsfragen,
- (5) bekämpft Auswüchse im karnevalistischen Brauchtum und schützt desselben vor geschäftsmäßiger Ausnutzung und Kommerzialisierung,
- (6) pflegt ein Archiv im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten über den Karneval im mitteldeutschen Raum, insbesondere im Verbandsgebiet,
- (7) führt Mitgliederversammlungen, Arbeitstagungen und andere Veranstaltungen, die der Erweiterung des karnevalistischen Ideengutes sowie der vereinsrechtlichen Führung der Mitglieder dienen durch,
- (8) unterstützt und tritt für die Förderung des karnevalistischen Tanzsportes ein,
- (8) fördert die Jugendarbeit durch Unterstützung des eigenständigen Jugendverbandes „KVBB-Jugend e.V.“.

§ 4 Selbstlose Tätigkeit

Der Verband ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

§ 5 Mitgliedschaft

- (1) Aktive Mitglieder
Aktives Mitglied kann jeder karnevals- oder landsmannschaftlicher Verein werden, der Träger und Pfleger traditionellen karnevalistischen Brauchtums auf absolut ideeller Grundlage ist. Die gleichzeitige Mitgliedschaft im Bund Deutscher Karneval (BDK) Köln e.V.
- (2) Fördernde Mitglieder
Förderndes Mitglied sind natürliche und juristische Personen sowohl des privaten als auch des öffentlichen Rechtes, die die Bestrebungen des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg ideell oder materiell unterstützen.
- (3) Ehrenmitglieder und Ehrenpräsidenten
 - a. Ehrenmitglieder sind Personen, die sich um die Pflege des deutschen Karnevals besondere Verdienste erworben haben. Sie können vom Präsidium, erweiterten Präsidium oder von den Mitgliedern in der Mitgliederversammlung vorgeschlagen werden. Die Entscheidung zur Ernennung obliegt dem Präsidium.
 - b. Ehemalige Präsidenten des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg können zu Ehrenpräsidenten ernannt werden.

§ 6 Aufnahme

- (1) Anträge zur Aufnahme in den Karnevalverband Berlin-Brandenburg sind schriftlich mit dem Aufnahmeantrag des Bundes Deutscher Karneval an das Präsidium zu richten. Mit der Antragstellung wird die gültige Satzung des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg anerkannt.
- (2) Über die Aufnahme, Ablehnung oder Zurückstellung des Antrages entscheidet das Präsidium.
- (3) Eine Ablehnung ist zu begründen. Kann der Antragsteller nachweisen, dass die Gründe, die zu einer Ablehnung geführt haben, nicht mehr gegeben sind, kann erneut ein Aufnahmeantrag gestellt werden.

§ 7 Rechte und Pflichten der Mitglieder

- (1) Jedes Mitglied ist verpflichtet, die Ziele des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg zu fördern.
- (2) Jedes Mitglied hat das Recht zur Teilnahme an Jahreshauptversammlungen, Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg.
- (3) Sie üben aktives Wahlrecht aus. Jedes aktive Mitglied hat eine Stimme.
- (4) Fördernde und Ehrenmitglieder können an allen Mitgliederversammlungen beratend teilnehmen.
- (5) Ehrenpräsidenten können an den Sitzungen des Präsidiums, des erweiterten Präsidiums und der Ausschüsse beratend teilnehmen.
- (6) Mitglieder haben die Pflicht zur selbstständigen Beitragszahlung.
- (7) Die Mitglieder des Verbandes genießen alle Vorteile, die der Karnevalverband Berlin-Brandenburg zur Förderung seiner Ziele erreicht.
- (8) Vereine und Personen können zur Erfüllung der vom Präsidium satzungsgemäß gestellten Aufgaben angemessene Aufwandsentschädigungen erhalten.
- (9) Funktionsträger und Mitglieder im Verband haben einen Anspruch auf Aufwendungsersatz nach § 670 BGB für solche Aufwendungen, die ihnen durch die Tätigkeit für den Verband entstanden sind. Hierzu gehören insbesondere Reisekosten, Verpflegungsmehraufwendungen, Porti, Kommunikationskosten und sonstige im Interesse des Verbands verauslagte Beträge/Aufwendungen. Der Nachweis erfolgt über entsprechende Einzelbelege. Der Anspruch auf Aufwendungsentschädigung kann nur innerhalb einer Frist

von drei Monaten nach seiner Entstehung geltend gemacht werden. Erstattungen werden nur gewährt, wenn die Aufwendungen mit Belegen und Aufstellungen, die prüffähig sind, nachgewiesen werden. Soweit für den Aufwandsersatz steuerliche Pauschalen und steuerfreie Höchstgrenzen bestehen, erfolgt ein Ersatz nur in dieser Höhe. Für das Präsidium besteht die Ermächtigung, durch Präsidiumsbeschluss im Einzelnen Pauschalen auch der Höhe nach zu festzulegen.

§ 8 Austritt – Ausschluss

- (1) Die Mitgliedschaft endet:
 - a. durch schriftlich erklärten Austritt. Der Austritt kann nur zum Ende des Geschäftsjahres mit einer Frist von drei Monaten erfolgen. Gleichzeitig werden alle Verbindlichkeiten des austretenden Vereins gegenüber dem Karnevalverband Berlin-Brandenburg fällig. Wieder Eintretende werden nach der Bestimmung für Neuaufnahmen behandelt.
 - b. infolge Auflösung des Mitgliedes im Vereinsregister.
 - c. durch Ausschluss.
- (2) Über einen Ausschluss entscheidet das Präsidium. Vor dem Beschluss ist das betroffene Mitglied zu hören. Gegen den Beschluss auf Ausschluss kann das Mitglied bei der nächsten Jahreshaupt- bzw. Mitgliederversammlung Beschwerde einlegen.
- (3) Ausschlussgründe sind:
 - a. Nichterfüllung der Beitragspflicht für mindestens zwei Jahre,
 - b. grober Verstoß gegen die Satzung oder die satzungsgemäß gefassten Beschlüsse,
 - c. brauchtumsschädigendes Verhalten,
 - d. erwiesene Schädigung des Karnevals, des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg oder eines seiner Mitglieder.

§ 9 Beitrag und Aufnahmegebühr

- (1) Jedes aktive Mitglied zahlt einen finanziellen Beitrag (also keine Sachspende oder Arbeitsleistung).
- (2) Über die Höhe des Mitgliedsbeitrages sowie der Aufnahmegebühr entscheidet die Jahreshauptversammlung.
- (3) Der Mitgliedsbeitrag ist bis zum 31.03. des laufenden Kalenderjahres zu zahlen und beinhaltet den Beitrag für den BDK. Mitgliedsbeiträge, Gebühren und Sonderbeiträge können im SEPA-Basis-Lastschriftverfahren eingezogen werden.
- (4) Die Aufnahmegebühr ist bei der Antragstellung zu zahlen und beinhaltet die Aufnahmegebühr zum BDK.
- (5) Fördernde Mitglieder zahlen neben der Aufnahmegebühr einen jährlichen selbst festzulegenden Beitrag, der mindestens 50,00€ betragen muss. Ehrenmitglieder sind von Beitragszahlungen befreit.
- (6) Zur Finanzierung besonderer Vorhaben des Karnevalverbandes können von den Mitgliedern Sonderbeiträge erhoben werden. Diese dürfen nur zur Erfüllung des Verbandszwecks beschlossen werden und zur Deckung eines größeren Finanzbedarfs des Verbandes, der mit den regelmäßigen Beiträgen nicht erfüllt werden kann. Das Präsidium kann die Erhebung von Sonderbeiträgen der Mitgliederversammlung vorschlagen. Diese beschließt die Erhebung des Sonderbeitrages, Zweck und Höhe.-Sie dürfen höchstens einmal pro Jahr und grundsätzlich nur bis zur Höhe eines zweifachen Jahresbeitrages erhoben werden.

§ 10 Organe

Organe des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg sind:

- die Mitgliederversammlung
- das Präsidium

- das erweiterte Präsidium
- die KVBB-Jugend

§ 11 Mitgliederversammlung und Jahreshauptversammlung

- (1) Die Mitgliederversammlung ist das oberste Beschlussorgan.
- (2) Die Mitgliederversammlung ist einmal im Jahr als Jahreshauptversammlung einzuberufen.
- (3) Mitgliederversammlungen können jederzeit einberufen werden.
- (4) Eine außerordentliche Mitgliederversammlung ist einzuberufen, wenn dies mindestens von einem Drittel der Mitglieder schriftlich unter Angabe von Gründen verlangt wird.
- (5) Die Einberufung von Mitgliederversammlungen erfolgt durch den Präsidenten, im Falle seiner Verhinderung durch die Vizepräsidenten unter Einhaltung einer Frist von 4 Wochen mit Bekanntgabe der Tagesordnung schriftlich. Als schriftlich gilt auch elektronische Post und Telefax. Das Einladungsschreiben gilt als zugegangen, wenn es an die vom Verein dem KVBB übermittelten Datenschutzerklärung des Präsidenten angegebene Anschrift, Faxnummer oder E-Mail-Adresse gerichtet war.
- (6) Die Mitgliederversammlungen sind zuständig:
 - a. für die Wahl des Präsidiums (mit Ausnahme des Jugendleiters der KVBB-Jugend e.V.). Die Wahl des Präsidiums erfolgt im Einzelwahlverfahren.
 - b. für die Bestätigung des Jugendleiters der KVBB-Jugend e.V. als Mitglied des Präsidiums,
 - c. für die Wahl der Kassenprüfer,
 - d. für die Entlastung des Präsidiums,
 - e. für die Entgegennahme des Rechenschaftsberichtes des Präsidiums, des Kassenberichtes und des Berichtes der Kassenprüfer,
 - f. für die Festsetzung der Höhe des Jahresbeitrages, der Aufnahmegebühr und der Sonderbeiträge,
 - g. für die Beschlussfassung über die Tagesordnung und Anträge,
 - h. für Satzungsänderungen.
- (7) Anträge zu Mitgliederversammlungen sind schriftlich spätestens 14 Tage vorher beim Präsidium einzureichen. Antragsberechtigt sind die Präsidenten, bei dessen Verhinderung die Vertretungsberechtigten der Vereine. Die Behandlung von später eingereichten Anträgen (ausgeschlossen: Satzungsänderungen) erfolgt nur dann, wenn die Dringlichkeit mit einfacher Mehrheit durch die Mitgliederversammlung bejaht wird.
- (8) Beschlüsse sind für alle Mitglieder, Organe und Ausschüsse bindend.

§ 12 Virtuelle Mitgliederversammlungen

- (1) Die Mitgliederversammlungen können auf Beschluss des Präsidiums in virtueller Form als Online-Versammlung durchgeführt werden. Die Online-Versammlung wird nach den Grundsätzen der geschlossenen Benutzergruppe in einem geeigneten geschlossenen System durchgeführt, zu dem nur Mitglieder durch Eingabe ihren Legitimationsdaten und einem für die Versammlung gültigen Zugangswort Zugang zum Chatraum haben.
- (2) Für die Einberufung der virtuellen Mitgliederversammlungen gilt §11 (5).
- (3) Jedes Verbandsmitglied erhält spätestens am Vortag der Mitgliederversammlung eine E-Mail mit den gültigen Zugangsdaten. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Zugangsdaten für die virtuelle Versammlung keinem Dritten zugänglich zu machen.
- (4) Rede- und Beratungsbeiträge zu den jeweiligen Tagesordnungspunkten können bis zwei Tage vor der Versammlung eingereicht werden.
- (5) Abstimmungen im Rahmen der virtuellen Versammlung erfolgen nach Aufforderung durch den Versammlungsleiter über ein geeignetes Verfahren, das eine doppelte Stimmabgabe ausschließt und gegebenenfalls Anonymität der Stimmabgabe gewährleistet, statt.

- (6) Abstimmungen zu §18 (3) können in einer Online-Versammlung nicht durchgeführt werden.
- (7) Auf Beschluss des Präsidiums kann eine Mischform zwischen Präsenz- und Online-Mitgliederversammlung in der Art zugelassen werden, dass es einen Hauptversammlungsort und bis zu drei regionalen Versammlungsorten festgelegt werden. Für jeden regionalen Versammlungsort ist ein Versammlungsleiter festzulegen. Er erhält die Zugangsdaten für die Online-Verbindung und/oder Übertragung von Bild- und Ton zum Hauptversammlungsort spätestens am Vortag der Versammlung. Die regionalen Versammlungsleiter führen die Anwesenheitslisten am regionalen Versammlungsort. Auf Aufforderung des Versammlungsleiters am Hauptversammlungsort führen sie Abstimmungen durch, zählen die Stimmen aus und übermitteln das Ergebnis an den Hauptversammlungsort. Das Ergebnis der regionalen Abstimmungen ist zu protokollieren.

§ 13 Das Präsidium

- (1) Das Präsidium besteht aus:
 - dem Präsidenten,
 - zwei Vizepräsidenten,
 - dem Schatzmeister,
 - dem Schriftführer,
 - dem durch die Jugendversammlung gewählten Jugendleiter der KVBB-Jugend.
- (2) Sitzungen des Präsidiums können als Präsenz-, Online-Sitzung oder Telefonkonferenz durchgeführt werden. Die Entscheidung obliegt dem Präsidenten, im Verhinderungsfall den Vizepräsidenten.
- (3) Es beruft die Mitgliederversammlungen ein, erstellt eine Tagesordnung, vollzieht Beschlüsse der Jahreshauptversammlung und der Mitgliederversammlungen, verwaltet das Verbandsvermögen und erstellt den Kassenbericht. Es ist beschlussfähig bei Anwesenheit von vier Mitgliedern.
- (4) Ihm obliegt die Führung der laufenden Geschäfte im Sinne der Satzung. Dazu kann es eine Geschäftsordnung erstellen.
- (5) Der Verband wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Präsidenten und die Vizepräsidenten jeweils allein vertreten. Im Innenverhältnis gilt jedoch, dass die Vizepräsidenten nur bei Verhinderung des Präsidenten handeln dürfen.
- (6) Das Präsidium kann eine Tätigkeitsvergütung erhalten. Sie unterliegt den entsprechenden Gesetzlichkeiten. Der Präsident verfügt selbstständig über Ausgaben in Höhe von 500,00€ im Jahr. Diese Regelung kann an seine Vizepräsidenten übertragen werden.
- (7) Insbesondere achtet das Präsidium auf die Einhaltung von Beschlüssen, Ordnungen und Traditionen im Sinne des BDK und des KVBB. Es geht gegen Verstöße und Zuwiderhandlungen vor.

§ 14 Das erweiterte Präsidium

- (1) Das erweiterte Präsidium besteht aus:
 - dem Präsidium,
 - den Regionalpräsidenten (gewählt in festgelegten Regionen),
 - den durch die Vereine der Interessengemeinschaften benannten oder gewählten Vertreter.
- (2) Die Regionalpräsidenten und Vertreter der Interessengemeinschaften beraten das Präsidium. Dazu gibt es mindestens zwei Zusammenkünfte jährlich. Die Zusammenkunft kann auch als Telefonkonferenz oder virtuelle Zusammenkunft durchgeführt werden. Die Entscheidung darüber obliegt dem Präsidium.
- (3) Die Entscheidung der Ernennung zum Ehrenpräsidenten gemäß §5 (3) b dieser Satzung obliegt dem erweiterten Präsidium.

§ 15 Die KVBB-Jugend

- (1) Die KVBB-Jugend ist der eigenständige Jugendverband des KVBB.
- (2) Der Jugendverband gibt sich eine eigene Satzung, die an der Satzung des KVBB ausgerichtet ist.
- (3) Der Jugendverband wählt in seiner Jugendversammlung einen Jugendvorstand.
- (4) Der Jugendverband vertritt alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Mitgliedsvereinen des KVBB bis zum 27. Lebensjahr sowie die in der Kinder- und Jugendarbeit tätigen Mitglieder der Mitgliedsvereine.

§ 16 Ausschüsse

- (1) Das Präsidium kann zur Durchführung seiner Aufgaben Ausschüsse berufen. Sie stehen ihm beratend zur Seite.
- (2) Die Ausschüsse sind dem Präsidium gegenüber rechenschaftspflichtig. Entscheidungen können nur im eingeschränkten Sachgebiet nach Absprache mit dem Präsidium getroffen werden.

§ 17 Kassenprüfer

Die Mitgliederversammlung wählt zwei Kassenprüfer, die das Finanzwesen des Verbandes auf der Grundlage bestehender Beschlüsse prüfen und der Mitgliederversammlung zu berichten haben. Sie dürfen nicht Mitglieder des Präsidiums sein.

§ 18 Gemeinsame Vorschriften für die Organe und Ausschüsse

- (1) Mitgliederversammlungen sind beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß einberufen wurden.
- (2) Beschlüsse und Wahlen bedürfen der einfachen Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder. Satzungsänderungen erfordern eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Mitglieder.
- (3) Für die Auflösung des Verbandes ist eine 3/4 Mehrheit der satzungsgemäß Stimmberechtigten erforderlich.
- (4) Bei Wahlen von zwei oder mehr Personen in einem Wahlgang entscheidet, wer in der Reihenfolge die meisten Stimmen auf sich verbucht.
- (5) Über Jahreshauptversammlung, Mitgliederversammlungen, Sitzungen des Präsidiums, des Erweiterten Präsidiums und der Ausschüsse ist ein nachweisbares Protokoll zu führen, welches durch den Präsidenten, bei Sitzungen der Ausschüsse durch den Sitzungsleiter und Schriftführer zu unterzeichnen ist. Bei Online-Versammlungen sind die Protokolle der regionalen Versammlungsorte durch den regionalen Versammlungsleiter zu unterzeichnen. Dem Protokoll des Hauptversammlungsortes sind die Protokolle der regionalen Versammlungsorte als Anlage beizufügen. Protokolle sind an die Teilnehmer zu versenden.
- (6) Der Verband kann sich zur Regelung der vereinsinternen Abläufe Verbandsordnungen geben. Die Verbandsordnungen sind nicht Bestandteil der Satzung.

§ 19 Amtszeit

- (1) Das Präsidium (mit Ausnahme des Jugendleiters der KVBB-Jugend e.V.) und die Kassenprüfer werden für die Dauer von 3 Jahren gewählt.
- (2) Die vorzeitige Abwahl ist möglich.
- (3) Das Präsidium bleibt so lange im Amt, bis ein Neues gewählt ist.
- (4) Entfällt aus verschiedenen Gründen ein Präsidiumsmitglied, kann das Präsidium bis zur Nachwahl in der nächsten Mitgliederversammlung einen Nachfolger kooptieren- ausgenommen davon ist die Besetzung der Präsidentenfunktion. Gibt es keinen Präsidenten übernehmen bis zur Neuwahl dessen Aufgaben die Vizepräsidenten.

§ 20 Geschäftsjahr

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

§ 21 Auflösung

Bei Auflösung des Verbandes oder bei Wegfall seines Zweckes fällt das Vermögen des Karnevalverbandes Berlin-Brandenburg an die Karnevalverband Berlin-Brandenburg – Jugend e.V., die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige Zwecke zu verwenden hat.

§ 22 Inkrafttreten

Diese Satzung in der vorliegenden Fassung tritt nach der Eintragung in das Vereinsregister in Kraft.

§ 23 Redaktionelle Änderungen

Redaktionelle Änderungen der Satzung auf Verlangen des Registergerichts und anderen Behörden können vom Präsidium ohne Beschluss der Mitgliederversammlung vorgenommen werden.

§ 24 Gerichtsstand

Gerichtsstand und Erfüllungsort für alle Angelegenheiten, die sich aus der Satzung ergeben, ist das Amtsgericht Potsdam.

Beschluss vom 27.September 2014

Änderung mit Tag der Eintragung vom 10.08.2015

Letzte Änderung mit Tag der Eintragung vom 27.09.2021